



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

21. Sitzung (öffentlich)

21. September 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:55 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD) (Vorsitzender);

Bernhard Tenhumberg (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Beate Mennekes, Simona Roeßgen (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung 11

Der Ausschuss kommt überein, als dritten Verhandlungspunkt eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Einführung von anonymen Krankenscheinen in Nordrhein-Westfalen“ durchzuführen. Die Nummerierung der nachfolgenden Punkte ändert sich entsprechend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung 11

1 Mehr Gesundheit für Jungen und Männer!**12**Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1197

– Zuziehung von Sachverständigen

Eine Übersicht über die Sachverständigen und die Stellungnahmen ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Kirchlengern	Dr. Albrecht Lang	-	12, 18, 25
Stiftung Männergesundheit Berlin	Prof. Dr. Lothar Weißbach	15/803	15, 23
Netzwerk für Männergesundheit Detmold	Andreas Haase	15/862	17, 24
Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. Hannover	Thomas Altgeld	15/875	19, 25

Weitere Stellungnahme	
Deutsche Gesellschaft für Mann und Gesundheit e. V. Bad Homburg	15/858

2 Notdienstreform der Apotheken in Westfalen-Lippe**28**

– Bericht der Apothekerkammer Westfalen-Lippe

Dem Bericht der Apothekerkammer folgt eine Aussprache im Ausschuss.

3 Aktuelle Viertelstunde 37**„Einführung von anonymen Krankenscheinen in Nordrhein-Westfalen“**

Auf Antrag der Fraktion der CDU

An den Bericht von StS Marlis Bredehorst (MGEPA) schließt sich eine Diskussion im Ausschuss an.

4 Entwurf einer Verordnung über die Erhebung von Ausgleichsbeiträgen zur Finanzierung der Ausbildungsvergütungen in der Altenpflege (Altenpflegeausbildungsausgleichsverordnung – AltPflAusglVO); Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesaltenpflegegesetzes 42

Vorlage 15/778

Der Ausschuss nimmt den Bericht von Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) zu den Entwürfen für eine Verordnung und ein Gesetz entgegen und will zu diesem Punkt am Mittwoch, dem 12. Oktober 2011, ab 10 Uhr eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchführen.

5 Gesetz zur Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie 44

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/484

Vorlagen 15/257 und 15/474

Ausschussprotokoll 15/236

Im Ausschuss zeichnet sich eine Mehrheit ab, dem Gesetzentwurf Drucksache 15/484 in der vorliegenden bzw. in geänderter Form zuzustimmen. Über das weitere Verfahren sollen die Obleute eine Verständigung erzielen.

6 Organspende – positive Entwicklung der Transplantationen in NRW muss gefördert werden 46

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1315

Vorlage 15/822

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss kommt überein, eine weitere Beratungsrunde im Ausschuss durchzuführen, und will die Möglichkeit ausloten, den Antrag an das Plenum zur dortigen Behandlung rückzuüberweisen.

7 Bericht gem. § 11 Abs. 2 des Gesetzes zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen (EKR-NRW) 50

Vorlage 15/717

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8 Stand der Förderung unabhängiger Krebsberatungsstellen 51

Vorlage 15/813

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) beantwortet eine Frage aus dem Ausschuss.

9 Meldedaten multiresistente Erreger in NRW 52

Vorlage 15/823

Der Ausschuss diskutiert.

10 Berücksichtigung des demografischen Wandels – auch im Sektor der Finanzprodukte für Senioren 57

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/213

Ausschussprotokoll 15/103

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/213 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Linken bei Enthaltung der Fraktion der FDP an.

11 Zwangsouting in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten beenden und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stärken! 60

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1324

Ausschussprotokoll 15/235

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der mitberatende AGSI-Ausschuss gibt zu diesem Antrag kein Votum an den federführenden Rechtsausschuss ab. Der Vorsitzende beabsichtigt, in einem – auf Wunsch mit den Fraktionen rückgekoppelten – Brief an den Rechtsausschuss die inhaltliche Positionierung des für Gesundheit zuständigen Ausschusses deutlich zu machen.

12 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen 62

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2775

Der Ausschuss fasst den Vorratsbeschluss, am 12. Oktober 2011, ab 13 Uhr eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen – ausschließlich der kommunalen Spitzenverbände – zu diesem Thema durchzuführen.

13 Strategien gegen Lohndumping – Mindestlohn jetzt 64

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/2210

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss beschließt, zu diesem Antrag eine Anhörung durchzuführen.

14 Kosten der Unterkunft: Die Landesregierung darf nicht zu einer betroffenenfeindlichen Ausführung des § 22 SGB II auffordern 65

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 15/1911

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Punkt wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktion Die Linke von der Tagesordnung abgesetzt, um dem Ministerium Gelegenheit zu geben, aktuelle Informationen zum Sachverhalt nachzutragen.

15 Sanktionen für Erwerbslose aussetzen – für eine repressionsfreie Mindestsicherung 66

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 15/1309

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Linken, Punkt 1 des Antrags der Fraktion der Linken Drucksache 15/1309 abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linker gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, Punkt 2 des Antrags der Fraktion der Linken Drucksache 15/1309 anzunehmen.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und Linker, Punkt 3 des Antrags der Fraktion der Linken Drucksache 15/1309 anzunehmen.

(Hinweis: Nach Gegenstimmen und Enthaltungen wurde nicht gefragt.)

Eine Gesamtabstimmung wird nicht durchgeführt.

16 Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – Beschäftigung neu denken – einen sozialen Arbeitsmarkt für NRW voranbringen 68

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2211 (Neudruck)

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2424

Der Ausschuss kommt nach kontroverser Diskussion überein, am Freitag, dem 30. September 2011, eine Sondersitzung abzuhalten, um über die Anträge zu diesem Punkt abzustimmen und über weitere Punkte zu beraten.

17 Die Landesregierung soll sich klar zum Fortbestand der Integrationsunternehmen bekennen 71

Antrag

der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1070

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1134

Ausschussprotokoll 15/219

Der Ausschuss will versuchen, sich auf eine gemeinsame Positionierung zu diesem Thema zu verständigen.

18 „Auf dem Weg in ein inklusives NRW“ Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen voranbringen **74**

Antrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2361

Der Ausschuss will zu diesem Antrag keine Anhörung durchführen. Das weitere Beratungsverfahren soll von den Obleuten festgelegt werden.

19 Verschiedenes **77**

a) Anhörung „Sozialticket“ **77**

Der Ausschuss beschließt, am Dienstag, dem 8. November 2011, ab 15 Uhr eine Anhörung zum Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 15/1682 „Mobilität und soziale Teilhabe sind Grundrechte – Ein landesweites Sozialticket ist eine Notwendigkeit“ durchzuführen. *(Dauer maximal drei Stunden; Verzicht auf mündliche Eingangsstatements seitens der Sachverständigen; Fragen aus dem Ausschuss auf der Grundlage der schriftlichen Stellungnahmen zu einem umfangreichen Fragenkatalog).*

b) Anhörung „Tariftreue- und Vergabegesetz“ **77**

Der Ausschuss beschließt, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2379 „Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen“ am Dienstag, dem 18. Oktober 2011, ab 14:30 Uhr nachrichtlich zu beteiligen.

c) Sondersitzung **77**

Der Ausschuss beschließt, am Freitag, dem 30. September 2011, ab 10 Uhr eine Sondersitzung durchzuführen. Der beim Präsidenten liegende Antrag auf eine Sondersitzung am 5. Oktober 2011 ist damit hinfällig.

d) Terminüberschneidung von Ausschuss und Landesregierung 77

Der Ausschuss geht davon aus, dass das MAIS und das MGEPA Termine, die den AGSI-Ausschuss betreffen, künftig besser mit dessen Terminplanung abstimmen wird.

* * *

5 Gesetz zur Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/484

Vorlagen 15/257 und 15/474
Ausschussprotokoll 15/236

Vorsitzender Günter Garbrecht eröffnet die Diskussion zur Auswertung der am 22. Juni 2011 durchgeführten öffentlichen Anhörung.

Es beruhige, so **Elisabeth Veldhues (SPD)**, dass die Fixierung von Patientinnen und Patienten in einer Krisensituation zum Schutz vor einer möglichen Fremd- oder Selbstgefährdung in der Therapie nicht alltäglich sei. Nach Aussagen von Erkrankten, deren Angehörigen und der meisten Klinikärzte komme es darauf an, dass die Betroffenen in einer Krise menschliche Zuwendung erhielten und ihre somatische und psychische Befindlichkeit nicht allein mittels Apparatedizin kontrolliert werde. Dieser Anspruch habe die Entscheidung der SPD-Fraktion sehr beeinflusst. Impogniert habe auch die die Stellungnahme des LVR, in der eine Ausweitung des Begriffs „Sitzwache“ sowie Professionalität eingefordert würden, was noch Eingang in den Gesetzentwurf finden sollte.

Wolfgang Zimmermann (LINKE) erklärt, seine Fraktion stimme dem vorliegenden Antrag zu. Die Videoüberwachung stelle in der Tat keine therapeutische Notwendigkeit dar. Mehr menschliche Zuwendung, Betreuung und auch „Aufsicht“ ließen sich allerdings nur durch eine Verstärkung des Personals auf den Stationen der psychiatrischen Kliniken gewährleisten.

(Bernhard von Grünberg [SPD]: Im Rheinland geht das aber!)

Im Rheinland gehe das auf jeden Fall besser, bestätigt der Redner.

Peter Preuß (CDU) argumentiert, zwar habe die Anhörung ergeben, dass die Videoüberwachung in der Psychiatrie keinen therapeutischen Nutzen aufweise, dies bedeute jedoch nicht, dass man sie gesetzlich verbieten müsse. Es könne auch Fälle geben, in denen eine Videoüberwachung durchaus sinnvoll oder sogar ausdrücklich erwünscht sei.

Er schließe sich der Position von Herrn Preuß nicht an, betont **Dr. Stefan Romberg (FDP)** namens der Fraktion, die den Gesetzentwurf eingebracht hat. Selten sei die Expertenmeinung so eindeutig gewesen wie in diesem Fall. Das Parlament müsse einen Schutz für die Betroffenen einbauen, die auf diesen angewiesen seien.

Zu Recht fordere Herr Zimmermann mehr Personal für die psychiatrischen Kliniken. Die bestehende Psychiatrie-Personalverordnung werde bedauerlicherweise kaum

eingehalten; in den letzten Jahren sei sogar Personal abgebaut worden. Der Ausschuss sollte über diesen Punkt, der nicht in engem Zusammenhang mit dem vorliegenden Gesetzentwurf stehe, an anderer Stelle gesondert beraten.

Arif Ünal (GRÜNE) konstatiert, die Anhörung habe eindeutig ergeben, dass die Videoüberwachung keinen therapeutischen Effekt aufweise, zum Teil sogar kontraproduktiv sei. Da die Videoüberwachung in einigen Kliniken in Ostwestfalen die Regel und nicht die Ausnahme darstelle, bedürfe es einer klaren gesetzlichen Regelung. Nur so lasse sich flächendeckende Videoüberwachung aus Kostengründen oder wegen Personalmangels verhindern. Er halte den dazu vom Landschaftsverband Rheinland vorgelegten differenzierten Vorschlag für sehr gut und wäre dankbar, so der Abgeordnete, wenn man sich auf eine gemeinsame, landesweit gültige Gesetzesformulierung einigen könnte.

Vorsitzender Günter Garbrecht hält fest, im Ausschuss zeichne sich eine mehrheitliche Zustimmung zum vorliegenden bzw. noch abzuändernden Gesetzentwurf ab. Die Obleute sollten am Rande des nächsten Plenums klären, wann ein mehrheitsfähiger Gesetzentwurf im Ausschuss aufgerufen werden könne.